

SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
c/o Umwelthaus Münster
Herrn
Matthias Eickhoff
Zumsandestr. 15
48145 Münster

10.09.2014

Kommunale Umsetzung des Atomausstiegs
Ihr Schreiben vom 04.08.2014

Sehr geehrter Herr Eickhoff,

für Ihre mit Schreiben vom 04.08.2014 übermittelten Fragen danke ich Ihnen und beantworte sie wie folgt:

1. *Welche Schlussfolgerungen hat die Feuerwehr Münster aus der Übung 2013 mit einem Transportbehälter für Uranhexafluorid gezogen?*

Zu 1.: Die Übung vermittelte den Einsatzkräften einen realistischen Eindruck von der Größe und Beschaffenheit der Transportbehälter für Uranhexafluorid. Das Üben an einem realen Objekt ist in besonderer Weise geeignet, die vermittelten theoretischen Gefahren und praktischen Handlungsabläufe nachhaltig zu vermitteln. Ferner diente das Übungsszenario der Schulung der Besatzungen der vom Bund und dem Land NRW zur Verfügung gestellten und bei den kommunalen Feuerwehren stationierten ABC- bzw. CBRN-Erkundungskraftwagen.

2. *Wann gab es zuvor derartige Übungen?*

Zu 2.: Es handelte sich um die bislang erste Übung dieser Art, zu der die Feuerwehr Münster durch die Bezirksregierung Münster eingeladen wurde.

3. *Wann ist die nächste derartige Übung geplant?*

Zu 3.: Die Feuerwehr Münster hat an einer weiteren Schulung des Fraunhofer-Instituts am 18.06.2014 teilgenommen, bei der es um die Ortung und Messung radioaktiver Strahler ging. Weitere Übungen sind z. Zt. nicht geplant.

4. *Warum sollen nur Personen bis zum 45. Lebensjahr Kaliumiodidtabletten erhalten? Welche Vorsorge soll für ältere Personen getroffen werden?*

Zu 4.: Die Festlegung, dass bei der Ausgabe von Kaliumiodidtabletten nur die Bevölkerung bis zum 45. Lebensjahr berücksichtigt wird, wurde auf Ebene der Landesregierung getroffen. Nach meiner Kenntnis stützt sich diese Vorgabe auf eine Risikoabschätzung der Vor- und Nachteile einer Kaliumiodidprophylaxe in Relation zur erwarteten Exposition.

5. *Bis wann soll das Sirennetz in Münster wieder aufgebaut werden?*

Zu 5.: Die aktuelle Haushaltsplanung der Stadt Münster sieht Finanzmittel für den Aufbau eines Sirennetzes in Münster für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 vor.

6. *Sind für die neuen Sirenen ggf. auch andere Nutzungsmöglichkeiten als zur Warnung vor Atomunfällen denkbar (z. B. als Last-Minute-Vorwarnung bei schweren Unwettern wie in den letzten Wochen)?*

Zu 6.: Der Aufbau eines Sirennetzes für die Stadt Münster wurde unabhängig von der nun aktualisierten und intensivierten Gefahrenabwehr in der Umgebung von kerntechnischen Anlagen geplant. Motiv zur Wiedereinführung von Sirenen war und ist insbesondere die Warnung und Information der Bevölkerung bei der Freisetzung von gefährlichen Stoffen und Gütern bei Gefahrgutunfällen oder bei der Freisetzung von gesundheitsgefährdenden Rauchgasen bei Großbränden. Eine Warnung vor Unwettern ist derzeit nicht vorgesehen, da hierzu bereits bestehende, amtliche Warnsysteme des Deutschen Wetterdienstes bestehen. Die Auslösung von Sirenen als Warnung vor einem Unwetter wird bundesweit für nicht sachgerecht erachtet, da eine präzise Vorhersage des zu warnenden Gebietes schwer möglich ist und sich im Verhältnis zu eher konkreten Gefährdungssituationen bei anderen Schadensereignissen (Großbrände, Gefahrgutfreisetzungen etc.) der „Gewöhnungseffekt“ negativ auswirken könnte.

7. *In welcher Höhe wurden für die neuen Katastrophenschutzmaßnahmen kommunale Haushaltsmittel im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung eingeplant?*

Zu 7.: Für den Aufbau eines Sirennetzes sind in den Haushaltsjahren 2015 ff. rund 1,5 Mio. Euro vorgesehen.

8. *Sind vom Land NRW finanzielle Hilfen über die für 2014 vorgesehenen 130.000,- Euro hinaus zu erwarten? Wenn ja, in welcher Höhe?*

Zu 8.: Nach jetziger Kenntnis soll es sich bei der 2014 ausbezahlten Pauschale um eine einmalige finanzielle Förderung handeln. Seitens der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) in Nordrhein-Westfalen wurde jedoch gegenüber dem Innenministerium bereits der Wunsch vorgetragen, diese Förderung in gleicher Höhe für weitere ein oder zwei Jahre vorzusehen. Auf diese Weise könnte eine Drittelung der Kosten zwischen Bund, Ländern und Kommunen erreicht werden.

9. *Wie gedenkt die Stadt Münster die Bevölkerung über die neuen Katastrophenschutzmaßnahmen und die Ausgabe bzw. Einnahme der Kaliumiodidtabletten konkret zu informieren? Wäre dazu eine Übung nicht zweckmäßig?*

Zu 9.: Wie bereits in meinem Schreiben vom 25.07.2014 ausgeführt, besteht zunächst die Absicht, die Maßnahmen zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften im Regierungsbezirk Münster abzustimmen. Über geeignete Informationskanäle und Medien ist somit noch nicht abschließend befunden. Entscheidend für die Art der Kommunikation und ggf. den Übungsbedarf ist das Grundkonzept der Ausgabe der Kaliumiodidtabletten an die Bevölkerung: Bei einer Vorverteilung an die Bevölkerung beschränkt sich der Übungsaufwand auf die Inbetriebnahme einiger weniger Ausgabestellen, an denen nur für den Teil der Bevölkerung noch Tabletten ausgegeben werden müssen. Eine Verteilung der Kaliumiodidtabletten an die gesamte betroffene Bevölkerung erst im Ereignisfall setzt umfangreiche Übungen mit einem nennenswert großen Personalstamm voraus und stellte somit eine außerordentliche logistische Herausforderung dar.

10. *Wenn die Landesregierung NRW sich weigert, die Stadt Münster über Atomtransporte vorab zu informieren, hat die Stadt auch schon die Betreiberin der Urananreicherungsanlage Gronau, die Firma Urenco, als Verursacherin der allermeisten Urantransporte durch Münster direkt gebeten, die erwünschten Vorabinformationen der Stadt zur Verfügung zu stellen?*

Zu 10. Die Stadt Münster hat sich bislang noch nicht direkt an die Firma Urenco gewandt, mit der Bitte, über Urantransporte durch Münster direkt informiert zu werden. Aus der Tatsache, dass die Landesregierung bislang den zivilen Gefahrenabwehrbehörden diese Informationen nicht zur Verfügung stellt, kann geschlossen werden, dass es der Firma in gleicher Weise untersagt ist, diese Direktive der Landesregierung zu konterkarieren. Insofern wurde bislang auf eine solche Anfrage verzichtet.

Mit freundlichen Grüßen

I. V.



Wolfgang Heuer
Stadtrat